



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 25.06.2024

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzender:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Möller, Eva
Nickles, Helmut
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Ringwald, Markus
Roßwag, Ulrich, Dr.
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.
Vortisch, Volker Hans

Schriftführerin:

Riegel, Sarah

Verwaltung:

Bauer, Christian
Dickemann, Niklas
Kauter-Eby, Thomas
Seifert, Alina
Pöschl, Marcus
Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

Ochs, Hans-Peter - zu TOP Ö 3 (Polizeiliche
Kriminalstatistik)
Staudt, Benjamin - zu TOP Ö 2 (Deutsche Glasfaser)
Stein, Julia - zu TOP Ö 4 (Vorhabenbezogener
Bebauungsplan "Schnellermühle")
Watteroth, Ragnar - zu TOP Ö 2 (Deutsche Glasfaser)

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard



Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Frensch, Kristin - entschuldigt
Konstandin, Angelika - entschuldigt
Lüthje-Lenhardt, Monika - entschuldigt
Rendes, Markus - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 17.06.2024.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 20.06.2024.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Tilo Reeb
Gemeinderat Dr. Roland Vogel



T A G E S O R D N U N G

- . Antrag zur Tagesordnung
1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Deutsche Glasfaser **BV/453/2024**
- Information weiteres Vorgehen
3. Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 **BV/390/2024**
- Kenntnisnahme
4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle", OT Berghausen **BV/404/2024/1**
- Beschluss über den Abschluss des Durchführungsvertrags
- Beratung und Beschlussfassung
5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle", OT Berghausen **BV/401/2024/1**
- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- Beratung und Beschlussfassung
6. Bebauungsplan "Heilbrunn - Engelfeld", 2. Änderung - Sportanlage, OT Söllingen **BV/449/2024/1**
- Aufstellungsbeschluss
- Beratung und Beschlussfassung
7. Bebauungsplan "Sparrenberg", OT Söllingen **BV/450/2024/1**
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
- Beratung und Beschlussfassung
8. Umsetzung Freiflächenkonzept **BV/451/2024**
- Aufhebung des Sperrvermerks im Investitionshaushalt
- Beratung und Beschlussfassung
9. Umsetzung Spielplatzkonzept **BV/452/2024**
- Aufhebung Sperrvermerk
- Beratung und Beschlussfassung
10. Antrag der SPD-Fraktion - Einführung einer Katzenschutzverordnung **BV/438/2024**
- Beratung und Beschlussfassung
11. Mitteilungen der Bürgermeisterin
12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



Antrag zur Tagesordnung

Gemeinderat Dr. Vogel beantragt, die TOP 5 und 6 gem. § 30 der Gemeindeordnung abzusetzen. Der aktuelle Gemeinderat sei nur noch geschäftsführend tätig. Wesentliche Beschlüsse seien dem neuen Gemeinderat vorbehalten.

Amtsleiter Bauer antwortet, dass die Behandlung dieser TOP vorab mit der Rechtsaufsicht abgeklärt sei. Grund für die Zulässigkeit sei, dass der alte Gemeinderat das gesamte Verfahren begleitet und Beschlüsse gefasst hätte. Es gehe heute nur noch um den letzten Schritt, somit dürfe der bisherige Gemeinderat beschließen.

Gemeinderat Dr. Roßwag sagt, dass man dann auch über andere TOP sprechen müsste.

Abstimmung über den Antrag von Gemeinderat Dr. Vogel:

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 11

Enthaltungen: 2

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den ersten Tagesordnungspunkt und erläutert das Procedere.

Eine Mitarbeiterin des Katzenschutzvereins Karlsruhe bittet darum, die Katzenschutzverordnung einzuführen. Der Verein hätte in den letzten Jahren 165 Katzen in Pfinztal eingefangen und kastriert, teilweise auch beherbergt. Über 180 Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg hätten so eine Verordnung. Es gebe viele herrenlose und streunende Katzen. Dies stelle hohe Kosten für den Verein dar. Es gehe lediglich darum, dass Katzenhalter bei Verstößen gegen die Verordnung angezeigt werden könnten.

Eine Bürgerin aus Berghausen möchte sich ebenfalls für die Katzenverordnung stark machen. Sinn davon sei, dass die Tierschutzvereine, welche die Katzen einsammeln, Rechtssicherheit hätten.

Ein Bürger aus Söllingen möchte ein Statement für Kinder bzgl. des Spielplatzes Heilbrunn-Engelfeld abgeben. Vor 2 ½ Jahren sei der Basketballplatz geschlossen und die Öffnungszeiten der Ballsportanlage reduziert worden. Dies sei sehr bedauerlich, da der Platz am Wochenende kaum mehr genutzt werden könne. Er bittet um eine familienfreundlichere Lösung.

2. Deutsche Glasfaser - Information weiteres Vorgehen

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt Herrn Watteroth des Landratsamts Karlsruhe.

Herr Watteroth stellt das weitere Vorgehen zum Glasfaserausbau der Deutsche Glasfaser anhand einer Präsentation vor.



Die Präsentation befindet sich als Anlage 1 im Protokoll.

Gemeinderat Schwarz befürwortet dieses Projekt. 2027 sei zwar noch etwas in der Zukunft aber der Bedarf sei da. Er bittet darum, verschiedene notwendige Baumaßnahmen möglichst zusammenzulegen.

Gemeinderat Reeb bedankt sich für den Vortrag. Er findet es erfreulich, dass die Außenbereiche angeschlossen werden und niemand von moderner Technik ausgenommen werde. Die Kommunikation hierüber an die Bürger sei wichtig.

Gemeinderätin Möller möchte wissen, was die Aussage, dass es zu keiner Doppelverlegung kommen werde, bedeute.

Herr Watteroth antwortet, dass diese bedeute, dass die Telekommunikationswirtschaft in Zeiten von Baukapazitäten ausgebaut worden sei ohne zu schauen, was die Gemeinde oder andere Telekommunikationsanbieter bisher gemacht hätten. So könne es vorkommen, dass in einem Gebiet drei Infrastrukturen für Glasfaser geschaffen worden seien.

Gemeinderat Hörter möchte daran erinnern, dass man immer wieder die Telekom gebeten hätte, Glasfaser auszubauen. Die Verhandlungen seien aber nicht zufriedenstellend gewesen. Er befürworte die jetzige Lösung.

Bürgermeisterin Bodner freut sich auf die Zusammenarbeit. Die Baustellen sollten gut koordiniert und Stolperfallen für Bürgerinnen und Bürger vermieden werden.

Herr Watteroth erklärt, dass die bestehenden Verträge bei anderen Telekommunikationsanbietern bei Ausbau der Deutsche Glasfaser übernommen und gekündigt werden. Erst wenn der alte Vertrag endet, würde der neue Vertrag beginnen. Dadurch solle eine Doppelbelastung vermieden werden.

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

3. Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 - Kenntnisnahme

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den TOP und stellt Herrn Ochs und Frau Kraft des Polizeipostens Berghausen vor.

Herr Ochs und **Frau Kraft** stellen die Kriminalstatistik 2023 vor.

Die Präsentation befindet sich als Anlage 2 im Protokoll.

Gemeinderätin Eisenbusch fand die Präsentation sehr interessant. Das Thema Vandalismus würde allerdings für sie in der Statistik noch fehlen. Vandalismus würde angeblich steigen, ihr fehlen jedoch die Zahlen dazu. Beim Diebstahl sei die Zahl stark gestiegen, dies finde sie sehr auffällig. Sie fragt, ob man dies erklären könne am Beispiel gegen Verstoß sexueller Selbstbestimmung.

Herr Ochs äußert sich indem er eine Gesetzesreform von vor wenigen Jahren zum Thema Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung aufzeigt. Er meint es würden heute mehr Taten unter Strafe stehen als vor 15 Jahren. Das Anzeigeverhalten würde sich ändern. Was genau



dahinter steckt, sei schwer zu sagen. Die Sachbearbeitung hierzu befinde sich in der Kriminalbearbeitung. Er meint, dass es zu Vandalismus keinen extra Tatbestand gebe. Das Delikt würde unter Sachbeschädigung laufen. Dies lasse sich schwer aufschlüsseln, aber könne für das nächste Mal gerne aufgenommen werden. Bezüglich des Diebstahls könne man keine Antwort geben. Es gebe aber einen Anstieg bei Fahrrädern oder E-Bikes, da diese einen hohen Wert haben und schnell greifbar sind.

Gemeinderat Gutgesell sagt, dass Pfinztal nicht so schlecht dastehen würde, wenn man die Häufigkeit mit dem Landkreis oder der Stadt Karlsruhe vergleichen würde. Er ergänzt noch ein paar Informationen. In Pfinztal soll es 2023 9 Fälle des Taschendiebstahls und außerdem eine Serie von 18 Fällen mit PKW-Diebstählen und noch Ladendiebstahl gegeben haben.

Gemeinderat Dr. Vogel fragt, ob der Täter des Überfalls auf den Spargelstand im Frühjahr gefasst worden sei.

Frau Kraft sagt, dass es einen Anfangsverdacht gegeben hätte, dieser sich aber nicht bestätigt habe. Der Fall sei zur Kriminalpolizei übergegangen, bisher sei der Täter aber noch nicht gefasst worden.

Gemeinderat Herb bedankt sich für den lebhaften Vortrag. Einige Zahlen seien für ihn besorgniserregend.

Gemeinderat Schwarz bedankt sich für die Vorstellung. Ihm fehle jedoch die Anzahl, auf wie viele Personen sich zum Beispiel die Jugendkriminalität im Vergleich zu anderen Gemeinden oder Städten beziehe. Er würde relative Zahlen den absoluten Zahlen bevorzugen.

Gemeinderat Gutgesell fragt, wie es in der Zukunft mit der personellen Umstrukturierung beim Polizeiposten weitergehe, da Frau Kraft nur bis September da sei.

Herr Ochs meint, dass man leider noch nicht wisse wie es danach weitergehe. Herr Ochs sei bis Ende des Jahres beim Polizeirevier in Durlach. Personeller Ersatz würde es aber auf jeden Fall geben. Auf die Fragen von Herr Gutgesell antwortet er, dass regelmäßig Ladendetektive eingesetzt werden würden, dieses sei aber vom Polizeiposten nicht kontrollierbar. Auch die Zahlen würden nicht immer vorliegen. Moderne Technik sei ein ausschlaggebender Punkt, dass zum Beispiel mehr Delikte entdeckt werden können zum Beispiel durch Haussicherungs technik.

Gemeinderat Nickles fragt nach einer Unfallstatistik, bei der man in den vier Ortsteilen durch eine Statistik rausfiltern könne, wo die Unfallpunkte in Pfinztal seien.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle", OT Berghausen - Beschluss über den Abschluss des Durchführungsvertrags - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner sagt, dass alles bereits vorgetragen worden sei und nun Stellungnahmen abgegeben werden können.

Gemeinderat Dr. Roßwag ist verwundert, dass es erst den Durchführungsvertrag und dann den Bebauungsplan gebe. Zustimmung würde erteilt werden. Die Philosophie der Familie



Oettinger sei gut gefunden worden. Das Projekt würde weiterhin unterstützt werden. Er hat Bauchschmerzen bei dem Gedanken an die Eventgastronomie. Er meint, dass die Gastronomie generell gut laufe. Er fragt, was man mit Eventgastronomie meine und ob es Beschränkungen für maximale Besucher oder für maximale Events pro Jahr geben würde. Es bestehe großes Vertrauen in den Projektträger. Er meint, dass das Vorhaben ohne geplante Brücke über die Pfinz wenig Sinn mache. Er bittet darum, dass alles für die Realisierung der Brücke getan werden würde. Er wünscht dem Bauträger ein gutes Gelingen.

Gemeinderat Dr. Rahn hält das Vorhaben nicht für gut, da Splittersiedlungen befürchtet werden. Die Anbindung an den ÖPNV sei nicht vorhanden. Außerdem befürchte er, dass die Gastronomie dort nicht mehr funktionieren würde. Außerdem würde er davon abraten, den Durchführungsvertrag in der jetzigen Fassung zu unterschreiben. Speziell im Hinblick auf diese Brücke würde er davon abraten. Dies stelle keine Verpflichtung für den Vorhabenträger dar. Es solle sichergestellt werden, dass die Brücke gebaut werde, da es völlig im Vertragsentwurf fehle. Ggf. müsse sich die Gemeinde Stand jetzigem Durchführungsvertrag kostenmäßig an der Brücke beteiligen. Es solle festgehalten werden, dass der Vorhabenträger die Brücke auf eigene Kosten erstellen muss.

Gemeinderat Rothweiler sagt, dass es über Jahrzehnte immer wieder neue Pläne von verschiedenen Investoren gegeben haben soll. Jetzt habe man endlich eine neue brauchbare Lösung. Er sagt, dass er es nicht fair fände bei so einem großen Verfahren nun das Haar in der Suppe zu suchen. Durch den Bau der Wohnungen könne sich auch der Immobilienmarkt leicht erholen. Zustimmung werde erteilt.

Gemeindevater Nickles schließt sich Dr. Rahn an. Das Vorhaben würde nur mit der Brücke funktionieren.

Gemeinderat Ringwald äußert, dass die Brücke ein großes Thema sei. Er erwähnt, dass Frau Oettinger heute da sei und sie die Sorgen sicherlich höre. Er sagt, er habe dennoch Vertrauen in den Vorhabenträger. Zustimmung werde erteilt.

Gemeindevater Herb sagt, dass es zu diesem Projekt keine Gegenstimmen gebe. Es könne aber in Pfinztal nichts Besseres passieren, als dass die Mühle und die Scheune jetzt noch eine Zukunft haben.

Gemeinderat Dr. Vogel stimmt dem Projekt nicht zu. Er meint, dass solange die Ortsumgehung noch nicht gebaut werde, man den Bereich hätte freihalten sollen.

Gemeinderätin Möller sagt, dass im April 2023 zugesichert worden sei, dass die Brücke gebaut werden würde. Diese Information erschüttert heute ihr Vertrauen. Sie sagt, dass sie sich enthalten werde.

Gemeinderat Hörter meint, dass er das Abstimmungsverhalten nicht von einer Brücke abhängig mache. Zustimmung werde erteilt. Das Projekt solle endlich auf einen guten Weg gebracht werden.

Gemeinderat Hruschka verlangt Gleichberechtigung. In Kleinsteinbach gebe es einen Bauträger, welcher Rücklagen nachweisen müsse. Hier sei dies nicht der Fall. Deshalb werde die Zustimmung nicht erteilt.

Frau Oettinger sagt, dass sie nochmal die Werbetrommel für ihr Herzensprojekt rühren möchte. Viele Impulse seien aus der Gemeinderatsitzung mitgenommen und umgesetzt worden. Die Brücke solle definitiv kommen. Sie sagt, dass wenn man dies in den Vertrag mit eingenommen hätte, dann hätte man keine Fördermittel bekommen. Deshalb sei der Vertrag



so dünn, wie er grade ist. Sie meint, das was sie versprechen würde auch so eintreffen werde. Sie hofft auf das Vertrauen. Sie sagt „Die Brücke wird kommen, darauf können Sie mich festnageln.“. Auf das Thema Gastronomie sei sie schon viel angesprochen worden. Dieses Projekt würde auch nur mit Gastronomie und zusätzlichen Freizeitangeboten funktionieren. Zum Thema Events sagt sie, dass ein Gastronomieberater von einer Eventhalle und einem Café abgeraten habe. Jetzt solle ein Gastronomiebetrieb kommen.

Beschluss:

Dem Abschluss des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Schnellermühle“ mit Vorhaben- und Erschließungsplan, OT Berghausen, wird zugestimmt. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt den Durchführungsvertrag zu unterzeichnen.

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 1

Befangen: Gemeinderat Gegenheimer

5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle", OT Berghausen - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner sagt, dass bereits bei TOP 4 alles gesagt worden sei.

Gemeinderat Roßwag erklärt, dass auch hier Zustimmung erteilt werde. Er hätte Bauchschmerzen bei der Zufahrt zum Areal. Diese sei in einem Kurvenbereich. Man solle nochmal überlegen, ob eine Abbiegespur sinnvoll wäre. Es sei auch wichtig, dass dort eine Bushaltestelle platziert werden würde.

Beschluss:

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Vorhaben- und Erschließungsplan abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Synopse der Verwaltung vom 09.04.2024 berücksichtigt bzw. bleiben unberücksichtigt.**
- 2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan in der Fassung vom 09.04.2024 mit Vorhaben- und Erschließungsplan wird nach § 10 Baugesetzbuch i.V.m. § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.**
- 3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 09.04.2024 werden nach § 74 Landesbauordnung i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.**

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 0

Befangen: Gemeinderat Gegenheimer



**6. Bebauungsplan "Heilbrunn - Engelfeld", 2. Änderung - Sportanlage, OT Söllingen
- Aufstellungsbeschluss
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Tagesordnungspunkt und erklärt, dass ein Fachvortrag entfallen würde, da das Thema bereits ausführlich besprochen worden sei.

Gemeinderat Hörter trägt bei, dass der Bebauungsplan wieder rechtssicher gemacht werden müsse, damit man die Öffnungszeiten des Basketballplatzes in Zukunft wieder ausweiten könne.

Gemeinderätin Rothweiler äußert, dass die Menschen die in diesem Gebiet gebaut hätten, eigentlich hätten wissen müssen, worauf sie sich einlassen. Mit den Öffnungszeiten des Basketballplatzes solle man genau so großzügig umgehen, wie mit den Regelungen zum Rasenmähen.

Gemeinderat Dr. Roßwag lehnt die Zustimmung zu diesem Vorhaben ab. Es werde ein Antrag gestellt:

1. Der Änderungsbeschluss der heute zu beschließen ist, soll sich lediglich auf die Korrektur der Darstellung des Bebauungsplanes beziehen, also die Heilung des Verwaltungsfehlers.
2. Der Bau der Lärmschutzwand soll vorerst zurückgestellt werden.
3. Die Verwaltung soll Verhandlungen mit dem Sportverein aufnehmen, und mögliche Vertragsinhalte für den Bau eines Bolzplatzes auf dem Areal des ehem. Motorsportvereins klären.
4. Über die Notwendigkeit einer Schallschutzwand ist unter dem Aspekt der Kosten und Nutzen zu entscheiden.

Es würde sich lediglich darum handeln, den Fehler der Verwaltung wieder glatt zu bügeln. Eine Lärmschutzwand sei nicht günstig. Er hätte sich geärgert, dass aus dem Beschlussvorschlag nicht direkt hervorgehe, dass auch der Lärmschutzwand zugestimmt werde. Der Spielplatz sei derzeit so nicht nutzbar, wie er wünschenswert nutzbar wäre. Es seien noch viele Fragen offen und noch nicht alle Probleme gelöst.

Gemeinderätin Möller erachtet es für untragbar, dass der Spielplatz nicht genutzt werden könne. Eine baldige Lösung müsse gefunden werden. Sie möchte wissen, ob durch die Lärmschutzwand gewährleistet werden könne, dass der Spielplatz dann auch wieder abends und sonntags geöffnet werden könne.

Amtsleiter Kauter-Eby antwortet, dass die Baubehörde keine Genehmigung für den Spielplatz und den Bolzplatz erteilen werde. Deshalb müsse alles in einem neuen Verfahren mit geregelt werden. Das Kernproblem sei der Lärm. Dies sei von einigen Gutachtern untersucht worden.

Gemeinderat Schwarz trägt bei, dass man beachten solle, dass die derzeit dort wohnenden Kinder auch älter werden würden und kein Interesse mehr an Spielplätzen haben werde.

Gemeinderätin Elsenbusch möchte klarstellen, dass es ihnen um die Kinder gehen würde. Die Lärmschutzwand biete den Kindern keinen Freiraum. Es werde etwas Größeres für die Jugendlichen benötigt. Man brauche etwas außerhalb.



Gemeinderat Dr. Rahn denkt, es bestehe ein Missverständnis. Es gehe nicht um den Lärm, den die Jugendlichen verursachen würden, sondern um den zu hohen Lärm am Wochenende und abends. Der Antrag der SPD sei nicht zielführend.

Gemeinderat Hörter äußert, man solle zunächst den Spielplatz rechtssicher machen.

Gemeinderätin Eisenbusch sagt, ihnen würden Antworten fehlen. Sie möchte wissen was passieren würde, wenn man Jugendliche rausnehmen und sich nur Kinder dort aufhalten würden. Es sei klar, dass die Pläne ordnungsgemäß gerichtet werden müssten. Sie möchte aber nicht automatisch eine Lärmschutzwand beschließen. Wenn die Wand zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden könne, würden sie den Antrag zurückziehen.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, dass laut jetzigem Beschlussvorschlag die Lärmschutzwand enthalten sei. Wenn man diese rausnehmen würde, würde der Plan vielleicht nicht genehmigt werden und die Situation würde sich nicht ändern.

Gemeinderätin Eisenbusch erklärt, dass der Antrag zurückgezogen werde.

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Heilbrunn – Engelfeld“, OT Söllingen wird geändert. Die Änderung trägt die Bezeichnung „Heilbrunn-Engelfeld“, 2. Änderung, OT Söllingen. Die Änderung erfolgt im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB. Maßgebend für die Änderung des Bebauungsplans ist der Vorentwurf vom 11.06.2024.

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 3

7. Bebauungsplan "Sparrenberg", OT Söllingen - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Tagesordnungspunkt und erklärt, dass auf einen Fachvortrag verzichtet wird.

Gemeinderat Dr. Rahn meint, es sollte versucht werden, bis zum Satzungsbeschluss zu klären, was aus dem Emil-Frommel-Haus werde.

Gemeinderat Hörter stimmt erklärt die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Gemeinderat Dr. Roßwag äußert, dass der Bebauungsplan benötigt werde, um das Vorhaben zu realisieren. Im Rahmen der Anhörung soll vorgebracht werden, was dagegenspreche.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange nach den §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Der Zeitpunkt wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.



- 8. Umsetzung Freiflächenkonzept**
- Aufhebung des Sperrvermerks im Investitionshaushalt
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Aufhebung des Sperrvermerks im Investitionshaushalt für die „Umsetzung des Freiflächenentwicklungskonzepts“ zu.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag ohne vorangehende Fachdiskussion einstimmig zu.

- 9. Umsetzung Spielplatzkonzept**
- Aufhebung Sperrvermerk
- Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Aufhebung des Sperrvermerks und der weiteren Ausarbeitung der Planung sowie deren Umsetzung zu.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag ohne vorangehende Fachdiskussion mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:

Ja-Stimmen: 17

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

Bei Abstimmung abwesend: Gemeinderat Herb

- 10. Antrag der SPD-Fraktion - Einführung einer Katzenschutzverordnung**
- Beratung und Beschlussfassung

Gemeinderat Dr. Vogel stellt zu Beginn des Tagesordnungspunktes den Antrag, den Tagesordnungspunkt im Finanzausschuss vorzubereiten.

Amtsleiter Bauer erklärt, dass es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handeln würde. Dieser unterbricht die Sachdiskussion. Vor der Abstimmung über diesen Antrag sind Stellungnahmen des Antragstellers, der Vorsitzenden und von jeder Fraktion zulässig.

Gemeinderätin Rothweiler lehnt den Antrag von Dr. Vogel ab, da sie die Einführung einer Katzenschutzsatzung als sehr wichtige Angelegenheit sieht.

Gemeinderätin Elsenbusch stimmt Gemeinderätin Rothweiler zu. Der Tagesordnungspunkt solle im Gemeinderat diskutiert werden.

Gemeinderat Dr. Vogel antwortet, dass es sich um eine klare Regelung gemäß der Haupt-



satzung handeln würde.

Amtsleiter Bauer sagt, dass Anträge während der Sitzung Geschäftsordnungsanträge seien. Anträge gemäß der Hauptsatzung müssten vor Eröffnung der Sitzung gestellt werden.

Abstimmung über den Antrag von Gemeinderat Dr. Vogel:

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 10

Bürgermeisterin Bodner erklärt, dass der Antrag somit abgelehnt worden sei und der TOP im Gemeinderat beraten werde. Sie begrüßt die stellvertretende Amtsleiterin des Ordnungsamtes Frau Seifert zu ihrer ersten Sitzung im Gemeinderat.

Gemeinderätin Eisenbusch trägt bei, dass laut Vorlage davon ausgegangen werde, dass die Katzenschutzverordnung zu 20 % Personalmehrkosten führen würde. Der Katzenschutzverein würde jedoch diese Aufgabe übernehmen. Das Ordnungsamt gebe lediglich die Telefonnummer des Katzenschutzvereins weiter. Die eigentliche Aufgabe und auch die Kontrollen müsse nicht die Gemeinde übernehmen. Sie kritisiert, dass mit dem Verein nicht vorab direkt gesprochen worden sei. Der Antrag sei von der SPD-Fraktion gestellt worden, da sich viele Bürger zu immer mehr streunenden Katzen geäußert hätten. Ziel sei es, in kritischen Fällen schnell eingreifen zu können und Tierschützer zu unterstützen. Sie bittet um Unterstützung.

Gemeinderätin Möller erachtet die Satzung als wichtig und sinnvoll. Außerdem würden viele Singvögel durch Katzen sterben. Dies könnte reduziert werden.

Gemeinderat Dr. Rahn denkt, dass die Kosten für die Verwaltung nicht all zu hoch seien. Die Vogelopfer durch Katzen seien sehr hoch. Die Zustimmung zur Satzung werde erteilt, auch aus Gründen des Naturschutzes.

Bürgermeisterin Bodner fragt, ob also eine Satzung erlassen werden solle, welche aber am Schluss nicht durchgesetzt werden solle.

Gemeinderat Nickles findet es frech, wenn fremde Menschen Katzen einfangen und diese einfach kastrieren. Teilweise würden Katzenfallen aufgestellt werden, damit diese Tiere kastriert werden können.

Gemeinderat Hruschka sagt, dass eine kastrierte Katze genauso viele Vögel fangen würde wie eine nicht kastrierte Katze. Aufgestellte Fallen zum Einfangen von Katzen würden auch normale registrierte Katzen oder sogar andere Tiere anziehen.

Gemeinderätin Eisenbusch antwortet, dass ihr zu Fallen nichts bekannt sei. Diese würden nicht benötigt werden, auch der Katzenschutzverein hätte darüber nichts gesagt.

Stv. Amtsleiterin Seifert berichtet von der langjährigen Erfahrung durch AL Müller. In den letzten Jahren hätte es keine Beschwerden von Bürgern gegeben. Derzeit werden fünf Katzen pro Jahr gemeldet. Allerdings müsste man mit Einführung dieser Satzung nicht registrierte Katzen ermitteln und weiteres veranlassen. Dies würde viel Arbeit mit sich bringen. Das bedürfe Personal.

Gemeinderat Ringwald sagt, es solle also eine Satzung erlassen werden, die aber nicht oder nur teilweise durchgesetzt werde. Er möchte wissen warum und ob es bisher Fälle gegeben hätte, bei denen Unrecht unterstellt worden sei.

Gemeinderätin Möller ist der Meinung, dass alles sehr sinnvoll klinge. Sie ist jedoch dage-



gen, dass Futterstellen gelegt werden um Katzen einzufangen.

Gemeinderat Schwarz sei zu Beginn sehr skeptisch gewesen. Alle Tierschutzverbände würden sich jedoch dafür aussprechen und diese seien die Experten. Folgekosten seien ein Risiko. Aber auch das Nichtstun könne Kosten verursachen. Außerdem wäre es eine Maßnahme zur Populationskontrolle. Zustimmung werde erteilt.

Gemeinderat Nickles trägt bei, dass streunende Katzen nur mit einer Falle eingefangen werden könnten. Durch eine Satzung würde Privateigentum eingeschränkt werden.

Gemeinderat Hruschka ergänzt, dass Fallen ca. 1,5 Meter Länge hätten. Diese müssten laut Gesetz täglich kontrolliert werden.

Gemeinderätin Möller fragt, ob man die Abstimmung vertagen und zunächst die offenen Fragen klären solle.

Gemeinderätin Eisenbusch wäre mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Man könne Fachkundige vom Katzenschutzverein einladen, um Fragen zu beantworten.

Bürgermeisterin Bodner könne sich vorstellen, jemand von der Stadt Karlsruhe einzuladen, jedoch keinen Verein.

Gemeinderätin Eisenbusch stimmt der Vertagung des Tagesordnungspunktes zu.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, dass die Abstimmung vertagt werde. Niemand hat sich dagegen ausgesprochen.

Die Abstimmung wurde einstimmig vertagt.

11. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Amtsleiter Bauer informiert, dass der Wahlbescheid der Kommunalwahlen in den nächsten Tagen abgeholt werden könne. Sie konstituierende Sitzung finde am 23.07.2024 statt. Weitere Informationen würden in den nächsten Tagen folgen.

Bürgermeisterin Bodner ergänzt, dass die Sitzung um 17.00 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst beginnen würde, im Anschluss würden Bilder gemacht werden, dann würde die Sitzung beginnen mit Verabschiedung des alten Rats und Begrüßung des neuen Rats. Die Ortsbeauftragten würden in dieser Sitzung gewählt werden. Im Anschluss würde man zusammen essen gehen.



12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderat Herb informiert über die Baustelle am Bahnhof in Sölling, dass man einen deutlich längeren Fußweg als vorher hätte, wenn man auf Gleis 3 Richtung Durlach steht und zu Gleis 1 Richtung Pforzheim möchte.

Gemeinderätin Eisenbusch meint, dass die Markierungsarbeiten für das Parkraumkonzept begonnen hätten, zum Teil aber anders eingezeichnet werden würde, wie in der ursprünglichen Planung angedacht. Sie möchte wissen, ob das kommuniziert werde. Außerdem solle vom Bauamt gesagt worden sein, dass die Planung nicht binden sei.

Amtsleiter Kauter-Eby erklärt, dass die Planung derzeit vorab markiert werde, um sich daraufhin die Praxis anzuschauen. Bei Problemen hätte man so die Möglichkeit auf Änderungen.

Gemeinderat Hruschka sagt, dass in Kleinsteinbach Schilder aufgehängt worden seien, dass man maximal zwei Stunden parken dürfe. Diese Schilder sollten so lange abgehängt werden, bis eingezeichnet worden sei.

13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Eine Bürgerin äußert sich zur Kriminalstatistik. Sie erachtet es als sehr schockierend, wie die Zahl der sexuellen Belästigungen gestiegen sei.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderat
Tilo Reeb

Sarah Riegel

Gemeinderat
Dr. Roland Vogel